

BRUNNEN

Marxistische Zeitung

für SPD, Jusos, Falken, Gewerkschaften

Aktionen gegen

die Wende

Seite 2

Frankreich

Seite 7

Nr. 88 — Januar 1987
80 Pfg. — Solidaritätspreis 1,20 DM

Am 25.
Januar

SPD WÄHLEN! KOHLMUR WEG

Die CDU wirbt mit dem Slogan „Weiter so, Deutschland!“. Wir aber sagen: **Schluß damit! Schluß mit über zwei Millionen Arbeitslosen, Schluß mit dem modernen Menschenhandel. Schluß mit der Knebelung der Gewerkschaften. Das aber kann nur heißen: Schluß mit der Kohlregie- rung! Deshalb unser Aufruf an alle Arbeiter: Kämpft mit für eine SPD-Regierung mit sozialistischem Programm.**

Schaut man sich die Bilanz der CDU/FDP-Regierung unter Kanzler Kohl an, so stellt man fest:

— Diese Regierung hat es geschafft, daß immer noch über zwei Millionen Menschen in der Bundesrepublik arbeitslos sind. Und eine Besserung der Lage ist weit und breit nicht zu erkennen. Außerdem: Eine ganze Reihe Arbeiter, die momentan beschäftigt sind, hat Zeitarbeitsverträge, d.h. diese Menschen stehen in spätestens zwei Jahren wieder auf der Straße.

— Die Kohlregierung hat es geschafft, daß immer mehr Menschen unter so miserablen Arbeitsbedingungen schuften müssen, daß ihrer Gesundheit schwerer Schaden zugefügt wird, wie Günter Wallraff ja anschaulich geschildert hat. Ja, es geht sogar so weit, daß viele Arbeiter froh sein müssen, wenn sie nach der Arbeit überhaupt noch hell nach Hause kommen. So sind allein auf einer Großbaustelle im Rheinland innerhalb von gut zwei Monaten vier Arbeiter tödlich verunglückt. So ist auf der Baustelle des Kraftwerkes Weisweiler ein verunglückter Arbeiter sofort beiseite geschafft worden, so daß die Polizei heute noch im Irrenhaus fahndet. Man sieht wieder: Profit gilt alles, Sicherheit für die Arbeiter gilt nichts!

Profit über alles

Die Regierung der Geißler Kohl und Blüm hat es geschafft, daß es durch die Änderung des §116 AfG

für die Arbeiter noch schwerer geworden ist, ihren Forderungen in Tarifauseinandersetzungen Nachdruck zu verschaffen.

Diese Regierung der Kohl, Bangemann, Lambsdorff und Co. hat es geschafft, daß die deutschen Kapitalisten allein im ersten Halbjahr 1986 36,2 Mrd. DM im Ausland anlegten. Und das, wo in der Bundesrepublik Arbeitsplätze Mangelware sind! Und die CDU/FDP-Regierung hat noch viel vor: Abschaffung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, völlige Entmachtung der Betriebsräte, Privatisierung öffentlicher Unternehmen, usw.

Dem müssen wir Einhalt gebieten! Das können wir nur, wenn wir dieser Regierung bei der Wahl keine Stimme geben, wenn wir vielmehr am 25. Januar die SPD wählen. Und wir müssen wählen gehen, denn nicht wählen heißt: die Kohl, Lambsdorff und Co. unterstützen, wie die letzten Landtagswahlen uns gezeigt haben.

Doch allein mit dem Wählen der SPD ist es nicht getan. Wir müssen für unsere Interessen auch aktiv kämpfen, und zwar heute, morgen, vor der Wahl, nach der Wahl, immer! Das bedeutet: Wir müssen selber politisch aktiv werden, unser Schicksal in die eigene Hand nehmen. Das aber erreichen wir nur, wenn wir in der SPD mitmachen beim Aufbau eines starken marxistischen Flügels zur Durchsetzung unserer Arbeiterinteressen. Dann nur so werden wir erreichen können, daß die Flusse nicht mehr Abfallkübel für Chemiekonzerne sind; nur so werden wir erreichen können, daß die Welt nicht im nuklearen Chaos endet; nur so werden wir es schaffen, daß Armut und Hunger dauerhaft von dieser Erde verschwinden werden.

Hartwig Schaal, Aachen
SPD-Mitglied



Die großen Demonstrationen während der Arbeitszeit gegen die Änderung des § 116 waren ein Höhepunkt im Kampf gegen die Kohlregierung. Am 25. Januar können wir unserem angestauten

Unmut über die Unternehmer-Regierung per Stimmzettel Ausdruck verleihen.

Für SPD-Mehrheit mit sozialistischem Programm

„Ihr müßt noch aktiver werden. Wir müssen es schaffen, daß diese Bande nicht noch 4 Jahre im Amt bleibt! Jeder, der in der letzten Zeit bei Standaktionen im SPD-Wahlkampf dabei war, wird ähnliche Äußerungen gehört haben.“

Der Aufgaben sind viele: Abbau der Arbeitslosigkeit, Sicherung der noch vorhandenen Arbeitsplätze, und — immer drängender — die Erhaltung der Umwelt.

Als im Bundestag über das Gutachten der sogenannten fünf Weisen debattiert wurde, warf die Regie-

rungskalition der SPD ständige Schwarzmalerei vor. Die ist zwar nötig angesichts der Schönheitsarbeit der Regierung, reicht aber nicht aus. Denn was nützt es den Menschen zur erfahren, wie schlimm alles noch gleichzeitig ein Ausweg aus der drohenden wirtschaftlichen Katastrophe gezeigt wird?

Das Fehlen einer wirtschaftlichen Alternative hat sowohl bei den Bundestagswahlen 1983 als auch bei den Wahlen in Hamburg und Bayern dazu geführt, daß die SPD große Verluste erlitten hat. Es muß klar gesagt werden: Wir brauchen Arbeit für alle, Ausbildungsplätze für alle

und ein garantiertes Mindesteinkommen. Das können wir erreichen durch Arbeitszeitverkürzung (die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich ist ein Schritt dazu); die Ausbildung muß raus aus Unternehmerhand. Wenn die Profitinteressen der Konzerne diesen Lösungen entgegenstehen, müssen wir sie in der Gemeindegemeinschaft überführen — unter demokratischer Arbeiterkontrolle. Es geht nicht an, daß Millionen Menschen zugunsten einer handvoll Reicher leiden!

Die Bedrohung der Umwelt, der Lebensgrundlage der Menschheit, hat sich im Laufe des letzten Jahres verstärkt gezeigt. Das Unglück von

Tschernobyl hat uns allen die möglichen Auswirkungen eines Reaktorunfalls deutlich vor Augen geführt. Und die Sache ist ja auch lange hoch nicht ausgestanden: Zwar hören wir nicht mehr täglich lange Listen von Begehrtel-Werten, aber: Wird sollte man meiden, keine Pilze und keine Haselnüsse mehr essen. Die längerfristigen Folgen, wie z.B. eine erhöhte Anzahl von Krebserkrankungen, sind heute noch nicht abzusehen.

Angesichts dieser Tatsachen hat die SPD auf ihrem Parteitag in Nürnberg, in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit der Bevölkerung, den Ausstieg aus der Kernenergie innerhalb der nächsten zehn

Jahre gefordert.

In demselben Beschluß werden auch die Sicherheitsprüfung aller AKWs und erste Abschaltungen innerhalb der nächsten zwei Jahre gefordert. Das Ergebnis der Untersuchungen beim Kieler AKW Krümmel hat katastrophale Sicherheitsmängel offenbart. Das zeigt, wie wichtig dieser Beschluß ist. Auch die Entscheidung gegen die Wiederaufbereitungsanlage und den Schnellbrüter war ein wichtiger Meilenstein, der Gefahren für uns alle abwenden kann und verhindert, daß weitere Millionen verschleudert werden, die an anderen Stellen dringend gebraucht werden.

Diese Beschlüsse müssen von der Parteiführung offensiv aufgegriffen werden, wir müssen sie auf der Straße vertreten. Damit werden wir mehr Wähler überzeugen als mit Kostensilos verteilten Weihnachtsgeldern!

Fortsetzung Seite 8

VORAN

zur sozialistischen Demokratie
Überregionale marxistische Zeitung
für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaft

Erscheint seit Dezember 1973

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Olfinger

Redaktionsanschrift:

VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Telefon 0221 / 1345 04

Bankverbindung: PGiroA Essen, Konto-Nr. 2500 59 - 430

Druck: G. Lutz, Dürerstr. 165a, 5000 Köln 1

Der Kommentar

Schwäche der SPD-Spitze

Noch vor einem Jahr bestanden kaum Zweifel an einem Wahlsieg der SPD bei den nächsten Bundestagswahlen. Kohl und seine Regierungsmannschaft taptten von einem Skandal in den nächsten. Die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland brachten der SPD überragende Mehrheiten. Nach Umfragen hätte die SPD im September 1985 48% der Stimmen bekommen. Rau als Kanzlerwünschten sich noch im April 1986 51,1%. Aber schon mit der Niedersachsenwahl begann der Umschwung. Hier wurde der als links geltende Kandidat Schröder auf einen Persönlichkeitswahlkampf a la Rau verpflichtet, ohne politische Aussagen, was ihn den Sieg kostete. Auch die Niederlagen vor Bayern und Hamburg kamen nicht durch große Gewinne der Rechtsparteien zustande. Vielmehr war überall der gleiche Trend zu beobachten: nur geringe Zuwächse der Rechten, massive Wahlenthaltungen bei SPD-Wählern und Abwanderung von Jungwählern zu den Grünen. Es ist fatal, wenn jetzt in der Parteispitze der Schluß gezogen wird: Wir müssen versuchen, den sogenannten „Wähler der Mitte“ zu gewinnen. Sicher gibt es eine Wählerschicht, die zwischen SPD und CDU schwankt. Doch wenn man sich hier bis zur Unkenntlichkeit an die CDU anpaßt, z.B. mit schwammigen oder „gemäßigten“ Auftritten, wie soll man sie dann von sich überzeugen? Wenn die Unterschiede zur CDU kaum erkennbar sind, warum sollten sie dann SPD wählen?

Denkzettel

Wer wählt die Kopie, wenn er das Original haben kann? Und die traditionellen Wählerschichten der SPD, also hauptsächlich die Arbeiter, werden auch diesmal der Partei einen Denkzettel verpassen, wenn sie ihnen nicht mehr bietet als die Wahl zwischen Persil und Omo. Ein Ausdruck dieser verhängnisvollen Strategie ist der Voranschlag der Wahlkampfkommission in Bonn zum Thema Rheinverschnutzung: Johannes Rau solle „den Schöpfungsgedanken“ aufgreifen, um die Weinauchszeit herum, „ohne daß er dabei als SPD-Politiker in Erscheinung tritt“. So wird die Niederlage bei den Bundestagswahlen vorprogrammiert.

Die Führung ist ununs wie selten zuvor. Im Laufe von wenigen Wochen wurde aus dem Wahlziel „absolute Mehrheit“ „43% sind doch auch schon ganz schön“, dann einige man sich auf „eigene Mehrheit“, wozu man nach einem kleinen Zwischenspiel „die absolute Mehrheit der Union brechen“ zurückkehrte. Die Rückritte von Wahlkampfmanager Hombach und Vorstandssprecher Clement tauchen ein übriges. Die Wähler — und insbesondere die SPD-Basis — waren verwirrt.

Bei den Wahlen in Bayern und Hamburg wurden keine Alternativen zur Unternehmerpolitik der CDU/CSU/FDP geboten. So konnten weder die eigene Basis noch die Wähler mobilisiert werden. Für die SPD ist aber gerade die Mobilisierung der aktiven Basis im Wahlkampf von besonderer Bedeutung, da sie weder über die finanziellen Mittel der CDU verfügt, noch auf die Hilfe unterstützender Kampagnen aus Industrie und Medien rechnen kann. Das Motto „Wir haben keine Chance, aber nutzen wir sie“ ist nicht dazu geeignet, bei Kälte, Schnee und Regen die Basis auf die Straße zu bringen. Denn wer hat schon Lust, dafür zu freieren, daß alles so bleibt, wie es ist?

Dieser Bundestagswahlkampf deckte an vielen Stellen die programmatrische Schwäche der SPD auf, besonders wirtschaftspolitisch. Es sind einige gute Ansätze vorhanden, wie die Schaffung von 400.000 neuen Arbeitsplätzen. Aber das reicht nicht. Denn selbst falls sich der schwächliche Aufschwung noch fortsetzt, wird das die Zahl der Arbeitslosen genauso wenig positiv beeinflussen wie in den letzten Jahren.

Keine Opposition

Wenn sich das Wachstum weiter vermindert oder gar die Rezession einbricht, wird das einen enormen Anstieg der Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Die Wähler — gerade auch die schwankenden „Wähler der Mitte“ — erwarten von der SPD klare Lösungsvorschläge. Wenn die SPD die Wahl verliert, so trägt die Führung dafür die Verantwortung. Es reicht eben nicht aus darauf zu warten, daß „Kohl wieder liefert“ (Skandale meine Vogel damn!). Im Augenblick können es sich die Regierungsparteien sogar leisten, untereinander in Opposition zu gehen, weil die eigentliche Opposition im Wahlkampf nichts besseres zu tun hat, als sich um einen neuen Parteivorsitzenden zu streiten.

Nötig ist ein klares sozialistisches Programm, das die Stammwähler (Arbeiter und Jugendliche) anspricht und schwankende Schichten herberziehen kann, wenn es glaubwürdig vertritt wird. Die nächste Rezession ist nicht mehr weit, und die Angriffe auf den Lebensstandard werden unter einer konservativen Regierung nicht lange auf sich warten lassen. Es ist daher dringend nötig, einen starken linken Flügel innerhalb der SPD aufzubauen, um eine Erneuerung der Partei schnellstens voranzutreiben.

KAMPFIONDS

Auf zum Endspurt!

Daß Manager in der Privatwirtschaft Spitzengehälter erhalten, ist nichts Neues. So erhielt laut Kölner Express vom 5. 12. 86 der vom Berliner Brofabrikanten Schiesser als Geschäftsführer der Neuen Heimat eingesetzte Jürgen Havenstein für sechs Wochen Arbeit sage und schreibe 2,5 Millionen Mark Abfindung. Wenigstens ein Entlassener, der nicht um seine Existenz bangen muß.

Es ist schlimm, wenn die Manager der gewerkschaftsfeindlichen Unternehmen glauben, im großkapitalistischen Stil leben zu müssen. Z.B. BGA-G-Vorsitzender Lappas, der ein Jahresgehalt von 720.000 DM bezog. Wir meinen, daß alle SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen sollen. Wenn's ihnen nicht besser geht als uns, hätten sie allen Grund, sich wirksam für unsere Interessen einzusetzen. Wenn sie außerdem jederzeit abwählbar wären, würden sie regelmäßig Rechenschaft über ihre Aktivitäten ablegen und die (so geschickt von der CDU/CSU/FDP

vor der Wahl ausgenutzte) „Neue Heimat-Affäre“ wäre nie passiert.

VORAN ist stolz darauf, durch Spenden ihrer Anhänger aus der Arbeiterbewegung und der Jugend finanziert zu werden. Auf einem Seminar in Köln Ende November haben beispielsweise ca. 120 Teilnehmer 7.249,69 DM gespendet und weitere Zahlungsverprechen über 7.120 DM abgegeben. Mit diesem Ergebnis und weiteren im November eingegangenen Spenden in Höhe von 5.450 DM steigt der Bestand unseres Kampffonds auf DM 32.072,71 an. Diese Ergebnisse sind ein eindrucksvoller Beweis für das Vertrauen in marxistische Ideen und die sozialistische Zukunft. Vielen Lesern war es leider nicht mehr möglich, am Seminar teilzunehmen; wir appellieren hiermit insbesondere an Euch, uns eine „Sonderspende“ bis Ende Januar zu schicken (Vom Weihnachtsgeld ist bestimmt noch was übrig!), damit wir unser Ziel von 45.000 DM erreichen.

F. Garvie
Redaktion VORAN



Aktionen gegen die Wende

Köln

In der nördlichen Innenstadt Kölns hat es am Samstagabend, 6.12.86 kräftig gewackelt. Dem Beispiel Stuttgarter Jusos folgend (s. VORAN Nr. 86), haben wir Kölner VORAN-Unterstützer eine Fete unter dem Motto „Laßt die Wende wackeln“ als vorläufigen Höhepunkt der Wahlkampf-Aktionen organisiert.

Trotz der etwas abgelegenen Räumlichkeiten im Agnesviertel waren diese mit ca. sechzig Leuten gut gefüllt. Unser Programm begann mit einer kleinen Dia-

winner bekanntzugeben. Lediglich eine Person hatte alle Fragen richtig gelöst und gewann somit den Hauptpreis, eine Flasche russischen Wodkas. Um Mitternacht war die eigentliche Fete vorbei, welche blieben aber noch bis 1 Uhr.

Die Veranstaltung zeigte, daß es möglich ist, mit wenigen Genossen und einigen guten Ideen eine erfolgreiche Fete zu organisieren und Jugendliche so für eine sozialistische Politik anzusprechen. Jede Juso-AG mit zehn Leuten und ein bisschen Fanfanzie kann es uns nachmachen!
Alex Klassmann
Juso, Köln-Rodenkirchen



Schau zum Thema Schwarzfahren. Es folgten Sketche über Schwarzfahrer, Asylbewerber und Arbeitslose, die die Probleme der Jugendlichen unter der Wenderregierung auf lustige Weise verdeutlichen sollten. Danach kam eine zweite Dia-Sequenz über das Problem der Stellenansuche und ein weiterer Sketch über die Arbeitszeitverkürzung. Am Ende des ersten Programms truf der Moderator die Zuschauer auf, nicht nur am 25. Januar SPD zu wählen, sondern vor allem in der SPD für eine Änderung in Richtung sozialistischer Politik aktiv zu werden.

In der darauffolgenden halbstündigen Pause konnten wir uns den kulturellen Genüssen von Jakob Meindorf und dem Bier vom Faß widmen. Für die Steigerung der ohnehin schon guten Stimmung sorgte die Rockgruppe „Skidoo“. Trotz kleiner technischer Pannen wurde ihr Auftritt ein voller Erfolg. Skidoo setzt sich aus Oberstudenschülern der Kaiserin-Augusta-Schule zusammen, eines Kölner Gymnasiums.

Während der ganzen Zeit verteilten wir Quizz-Bogen, die man ausfüllen und abgeben konnte. Im Laufe des Abends wurden diese ausgewertet und die Ge-

45.000

40.000
35.000
30.000
25.000
20.000
15.000
10.000
5.000

Spendenkonto
VORAN
Pecha Essen
2500 59-430

Daraufhin hielt Ulf sein Referat, in dem er anhand von Daten, Gesetzen und Beispielen die Scheinheiligkeit der ganzen Asylantenhetze aufdeckte. Am Schluß war wohl jedem klar, daß die Asylanten nur einen vorläufigen Teil unserer Bevölkerung ausmachen und somit jedes sogenannte „Asylantenproblem“ einfach erlogen ist und nur dazu dient, die Arbeitslosigkeit und sonstige innenpolitische Probleme auf einen Stundenbock abzuladen.

Weiterhin machte Ulf deutlich, daß unsere Regierung, die über die „Asylantenluft“ jammert, durch ihre Außenpolitik z.B. die Unterstützung des türkischen Regimes, und durch die imperialistische Ausbeutung der „3. Welt“, für die Probleme eben jener Asylsuchenden mitverantwortlich ist.

Insgesamt war die Veranstaltung ein voller Erfolg und gibt uns neuen Ansporn für die nächste Kampagne.

Birte Stoewahse, Bremerhaven
Jungsozialistin

Wiesbaden

Im November war es soweit. Wir haben die Juso-AG Altsiedel gegründet. Sie umfaßt drei Ortsvereine. Die Gründungsversammlung mit neun Teilnehmern strahlte Tatendrang und gute Atmosphäre aus.

Nach der Begrüßung wurde ein Kurzreferat zum Thema „Kohls Politik und Wahlprogramm“ gehalten. Es zeigte sich deutlich, daß die aufgezählten Skandale für diese (Un-)Rechtsregierung symptomatisch sind. Eine gute und lebendige Diskussion folgte, wobei sich alle einig waren, daß der „Wende 2. Teil“ verhindert werden muß.

Unsere AG ist die einzige in ganz Wiesbaden, da es sonst nur Mitgliederversammlungen auf Stadtebene und Arbeitskreise gibt. Wir sind voller Tatendrang und haben uns vorgenommen, nicht nur beim Wahlkampf kräftig mitzumachen, sondern auch mal Theater zu spielen, Aktionen im Innenstadtbereich zu starten, und, und, und.

Wichtig dabei ist, daß es auch Spaß machen soll. Politik ist schließlich nichts Trockenes. Wir wollen versuchen, Theorie, Praxis und Freizeit zu koordinieren — hoffentlich mit Erfolg!

Der Zustand unserer Umwelt (Wasser, Luft, Boden) zeigt, daß wir nicht „nur“ kurzfristig mit Masseneindämmen rechnen müssen, sondern mit der totalen Verwüstung unseres Planeten. Es bleibt also keine Zeit zum Resignieren, schließlich sind wir viele Millionen. Wenn wir uns gemeinsam rühren, können die Millionen diesen Wahnsinn nicht zu Ende durchführen.

Maria Clara Roque, Wiesbaden
Jungsozialistin



Arbeiter im Ruhrgebiet protestieren gegen die Regierung Erhard:
„Er hat die Schuld“
Auch CDU/CSU-Fraktionschef Rainer Barzel hatte Angst
„Wenn es an der Ruhr brennt, gibt es im Rhein bei Bonn nicht genug Wasser, das Feuer zu löschen.“

BRD 1966: Chance für SPD-Allienregierung

GEGEN DIE ARBEITERSCHICHTEN

Vor 20 Jahren, im Herbst 1966, brach die damalige Koalition aus CDU/CSU und FDP auseinander. Am 1. Dezember 1966 wurde die „Große Koalition“ aus CDU/CSU und SPD gebildet. Damit war die SPD erstmals seit Gründung der BRD an einer Bundesregierung beteiligt. Wie kam es dazu? Warum spielen führende SPD-Politiker immer wieder mit dem Gedanken an eine neue „Große Koalition“? Und was meinte Johannes Rau, als er am 3. Oktober 1986 im Bundestag die Kohlekrise der 60er Jahre ansprach: „Ich will verhindern, daß an der Ruhr noch einmal schwarze Fahnen wehen... Es gab einmal schwarze Fahnen an der Ruhr, und das war dann auch das Ende der Regierung Erhard...“?

Der westdeutsche Kapitalismus hatte seit Anfang der 50er Jahre hohe Wachstumsraten. Fast 10 Millionen Pflichtlinge und Einwanderer konnten bis Mitte der 60er Jahre in den Produktionsapparat aufgesogen werden, und schließlich wurde die Arbeitslosenrate unter die 1%-Marke gedrückt. Allmählich konnten auch die anfänglich miserablen Reallohne der bundesdeutschen Arbeiter gesteigert werden.

Dies und das Schreckgespenst eines angeblich „kommunistischen“ Systems direkt vor der Haustür gab der Kapitalistenklasse genug Selbstvertrauen und Hoffnung auf ein nie enden wollendes deutsches „Wirtschaftswunder“. Bis auf die erste Bundestagswahl von 1949, nach der der CDU-Führer Adenauer im Bundestag mit nur einer Stimme Mehrheit zum Bundeskanzler gewählt wurde, lag die CDU/CSU bei den Bundestagswahlen immer klar in Führung. 1957 hatte sie sogar die absolute Mehrheit erreicht.

1963 trat der bisherige Wirtschaftsminister Ludwig Erhard die Nachfolge Adenauers an. Erhard galt in der bürgerlichen Propaganda als der „Vater des Wirtschaftswunders“ und als „Wahllokomotive“ der CDU.

SPD - die „bessere CDU“

In der internationalen Arbeiterbewegung waren es damals nur ver-schwiegend wenige Marxisten, die ein zwangsläufiges Ende des Aufschwungs und neue, große kapitalistische Krisen vorhersagten.

Die komplette SPD-Führung sagte sich in jenen Jahren vom bisher noch in Worten aufrechterhaltenen Ziel einer sozialistischen und klassenlosen Gesellschaft los und vollzog eine programmatische Anpassung an die bürgerlichen Parteien.

Im Godesberger Programm von 1959 schloß die SPD ihren Frieden mit der kapitalistischen Marktwirtschaft. 1960 paßte sie sich an die West-Orientierung der BRD an und unterstützte die NATO. 1964 wählten die SPD-Vertreter in der Bundesversammlung den CDU-Kandidaten und Ex-Nazi Heinrich Lübke für eine zweite Amtszeit mit zum Bundespräsidenten. Willy Brandt, ab 1961 Kanzlerkandidat, führte personenbezogene Wahlkämpfe im amerikanischen Stil eines J.F. Kennedy (ähnlich wie heute Johannes Rau), und damals machte das Wort von der SPD als der „besten CDU, die es jemals gab“ die Runde. Wirtschaftsprofessor und Ex-Nazi Karl Schiller war maßgeblich an der Formulierung der neuen SPD-Wirtschaftspolitik beteiligt. Und führende Vertreter der Partei wie Willy Brandt und Georg Leber erklärten ab 1965 ihre volle Unterstützung für die immer stärkere Ver-

stärkung der USA im Vietnamkrieg, der sich zu einem Völkermord entwickelte.

Kohlekrise ab 1958

Daß das „Wirtschaftswunder“ hauptsächlich in den Taschen der Unternehmer zum Ausdruck kam und ohnehin begrenzt war, bekam schon ab 1958 das Ruhrgebiet zu spüren. Aufgrund verstärkter billiger Kohleimporte aus den USA und einer Politik, die das Vordringen des Mineralöls auf dem Energiemarkt förderte, kam es in dem damals technologisch überalterten Ruhrbergbau zu einem Anwaschen der Halten unverkaufte Kohle und Feierschichten für die Bergleute. Mit Hilfe staatlicher Stillungsprämien begann damals schon das große Zeichnensterben. Von 1957 bis 1969 verringerte sich die Zahl der Arbeitsplätze im Ruhrbergbau von 495.847 auf 118.815. Als die Auswirkungen der zweiten Kohlekrise ab 1964 dann in den Wirtschaftsabschwung von 1966 einmündeten, kam es im Ruhrgebiet zu Unruhen unter den betroffenen Arbeitern, die sich leicht in einer Explosiv- und größeren Bewegung hätte entladen können.

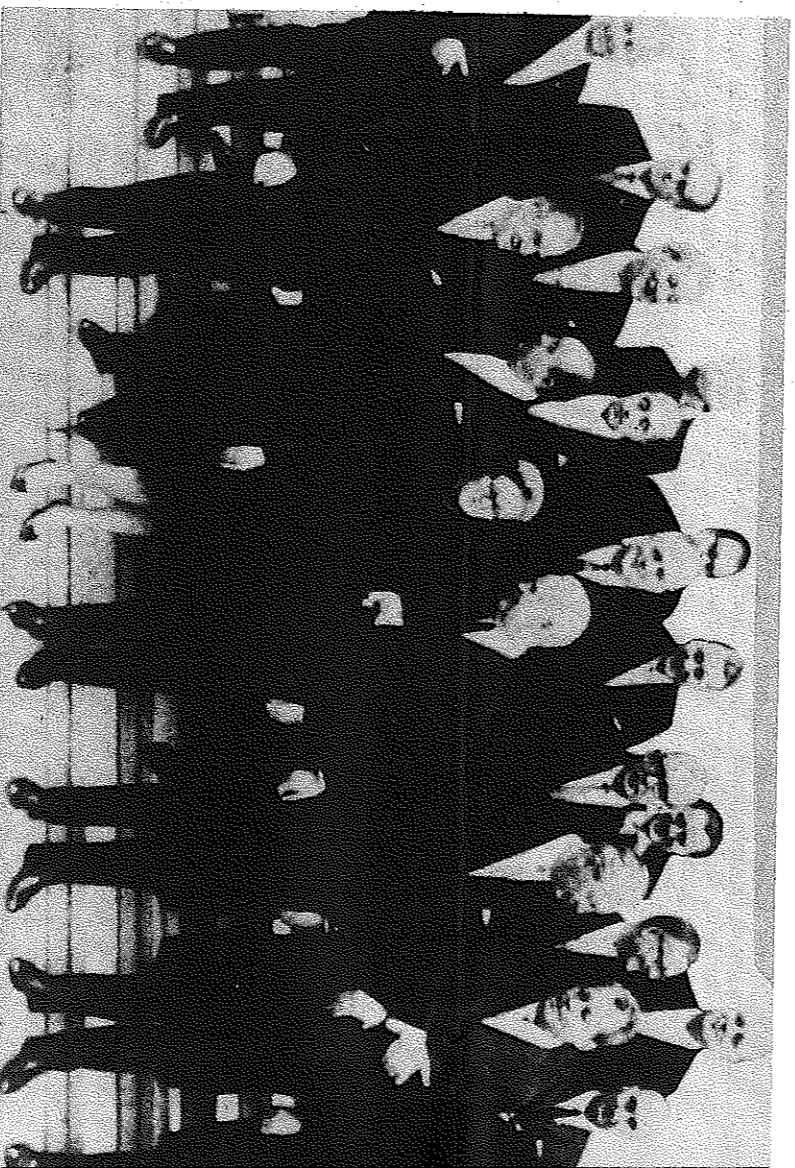
„Wenn es an der Ruhr brennt...“

1965 hatte noch im Zeichen starken Wirtschaftswachstums und extrem niedriger Arbeitslosigkeit gestanden. In diesem Jahr konnte die CDU/CSU bei den Bundestagswahlen mit 47,6% die SPD unerwartet klar schlagen, die auf nur 39,3% der Stimmen kam. Zusammen mit den 9,5% für die FDP konnte die bürgerliche Koalition somit eine sarte Mehrheit verbuchen.

Doch die Genußnahme über den Wahlsteg hält nicht lange an. Die bis nach der Wahl verschobenen Pläne für Zechenschließungen an der Ruhr werden nun aus dem Sack geholt. Dies wiederum fördert die Kampfbereitschaft in den Zechen: Im Frühsommer des Jahres 1966 sprechen sich 96,4% in der Urabstimmung für einen Streik zur Durchsetzung von Lohnhöhungen und Arbeitszeiterkürzung aus.

Der damalige Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rainer Barzel, meinte darauf: „Wenn es an der Ruhr brennt, gibt es im Rhein bei Bonn nicht genug Wasser, das Feuer zu löschen“ (Der Spiegel, Nr. 24/66).

Bei den NRW-Landtagswahlen am 10. Juli 1966 stand für die bürgerliche Koalition im Bund wie in diesem Bundesland viel auf dem Spiel. Ein Streik der Bergarbeiter an der Ruhr, so mußte die CDU befürchten, könnte die heiße Wahlkampfphase zusätzlich politisie-



ren, weitere Schichten der Arbeiterklasse mobilisieren und der CDU eine vernichtende Niederlage bereiten.

Zustrom zur SPD

So bezieht sich der damalige CDU-Ministerpräsident von NRW, Meyers, als Vermittler den für den 23. Juni angesetzten Streik buchstäblich in letzter Minute, nämlich am Vorabend des 23.6., durch hastig herbeigeführte Einigung aussetzen zu lassen. Dies führte einerseits zu großer Unzufriedenheit unter den Bergarbeitern, es konnte gleichzeitig jedoch nichts mehr an dem Trend ändern, der bei der Landtagswahl offenkundig wurde.

Die Wahl in Nordrhein-Westfalen
 CDU: 42,8%
 SPD: 49,5%
 FDP: 7,4%

Die SPD verfügte nur ganz knapp die absolute Mehrheit, sie gewann 6,2% hinzu und erreichte damit ihr bislang bestes NRW-Ergebnis. Besonders stark war der SPD-Zuwachs im Ruhrgebiet, und hier besonders in den vom Bergbau geprägten Stadtteilen. Für die CDU war dies die erste große politische Niederlage seit Gründung der BRD, für die SPD hingegen der erste große Durchbruch in der Nachkriegspolitik. Die Arbeiter hatten gezeigt, daß sie eine andere Regierung wollten, und für die SPD bot sich die Chance, auf Bundesebene eine Kampagne für

Neuwahlen zu starten und eine absolute Mehrheit zu erkämpfen.

In NRW wurde zwar noch einmal mit der hauchdünnen Mehrheit von einer Stimme die CDU/FDP-Koalition weitergeführt, aber in der CDU/CSU brodelte es. Angesichts verschlechterter Wirtschaftsprognosen und weiterer bevorstehender Landtagswahlen sprachen sich immer mehr CDU-Politiker dafür aus, ihren Kanzler und Parteichef Erhard zu feuern. (Im Frühsommer 1985 genügten die CDU-Niederlagen im Saarland und in NRW, um eine ähnliche „Diskussion“ in der CDU über Kohls Nachfolger zu entfachen.) Hinzu kamen 1966 noch Auseinandersetzungen zwischen CDU/CSU und FDP über die Wirtschaftspolitik; denn erstmals seit Gründung der BRD zeichnete sich ein Haushaltsdefizit von mehreren Milliarden DM ab.

Bayernwahl

Am 6. November konnte die SPD in der Hessischen Landtagswahl mit 51% ein Ergebnis erringen, das sie in den 20 Jahren seither nie wieder erreicht hat! (Genauso hervorstechend war der Wahlsteg der SPD in NRW 1985: über 52%!)

Die CDU blieb mit ganzen 26,4% weit abgeschlagen! Selbst in Bayern, wo zwei Wochen später ein neuer Landtag gewählt wurde, blieb die CSU mit 48,2% klar unter der absoluten Stimmenmehrheit und konnte die SPD mit 35,8% verhältnismäßig

gut abschneiden. Der Absatzen CSU und SPD war 12,4% der geringste in der Nachzeit; im Oktober 1986 war er am größten!

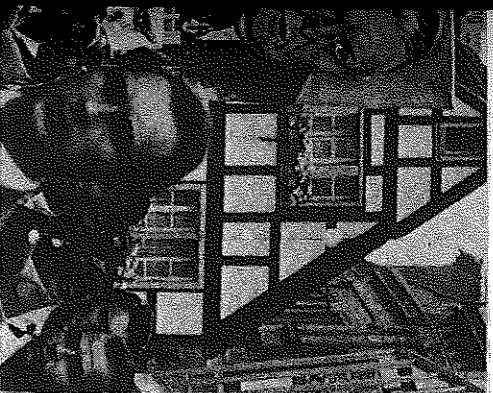
Wirtschaftskrise

Die FDP hatte bereits Ende ihre Bundesminister aus der Regierung zurückgezogen. Damit war die *„Kohlekrise“* nur ein starkes *„Jahr ihrer glänzenden Wahlsteg an dargebrochen“*. Mit dem sich nähernden Winter kamen Kurzarbeit und Unruhen in zahlreichen Industrien. Die Automobilhersteller produzierte auf Halde und Kurzarbeit an. Im Winter so Arbeitslosigkeit auf 673.600 Menschen anwachsen (Stichtag: 1. März).

Die Investitionen kamen ins Sackgasse der Auftragsengpass sackte jäh der sozialistisch orientierten pferische SPD-Führung hätte i Situation die besten Chancen die große Masse der Arbeiter, Angestellten wie auch kleine Selbständige und Bauern gegen die Grözene und Banken zu mobilisieren das Ende der bürgerlichen Herr einzuleiten.

„Jetzt passiert etwa

Einen Eindruck von der Situation im Ruhrgebiet in jenen Tagen



Arbeiter zu Zurückhaltung bei Lohnforderungen. So kam im Februar 1967 erstmals auf Initiative des neuen Wirtschaftsministers Karl Schiller die „konzentrierte Aktion“ (Vertreter der Gewerkschaften, Unternehmerverbände, Bundesbank und Regierung) zusammen, deren wichtigstes Ziel die Setzung von Lohnleitlinien (sogenannte „Orientierungsdaten“) war.

Die Enttäuschung über eine SPD-Führung, die die CDU/CSU und den bürgerlichen Staat aus der Patsche geholt hatte, schlug sich ab bald in großen Stimmverlusten bei den Landtagswahlen 1966/67 nieder. Bis auf Schleswig-Holstein, wo der SPD-Landesverband die Große Koalition kritisiert hatte, kam es in fünf Bundesländern zu teilweise heftigen Rückschlägen für die SPD. Hier die SPD-Ergebnisse im Vergleich zu denen der vorigen Landtagswahlen (in Klammern):

Bremen	46,0% (54,6%)
Baden-Württ.:	29,0% (37,3%)
Berlin	56,9% (61,9%)
Rheinland-Pfalz	36,8% (40,7%)
Niedersachsen	43,1% (44,9%)

Am 7. März 1967 demonstrierten in Dortmund 30.000 Bauern gegen die Bonner Wirtschaftspolitik. Und weil die drei „etablierten“ Bonner Parteien ohnehin alle „unter einer Decke“ zu stecken und für den „kleinen Mann“ nichts mehr übrig zu haben schienen, konnte mit Hilfe von Protestwählern hauptsächlich aus der Bauernschaft wie auch von einigen politisch verwirrten Arbeitern die erst 1964 neugegründete NPD bei den Landtagswahlen der Jahre 1966-68 spektakuläre Erfolge verbuchen:

Hessen	7,9%
Bayern	7,4%
Rheinland-Pfalz	6,9%
Schleswig-Holstein	5,9%
Niedersachsen	7,0%
Bremen	8,9%
Baden-Württemberg	9,8%

Enttäuschung über die SPD

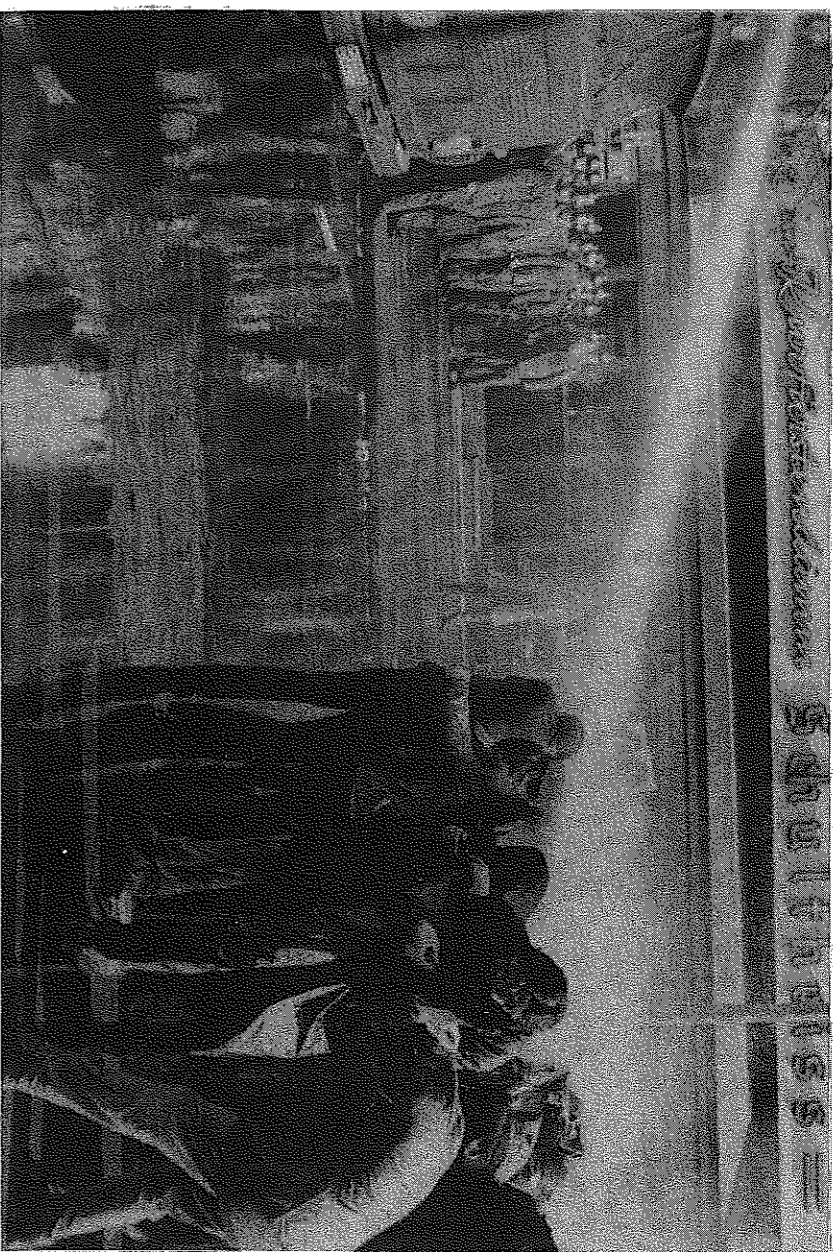
Das Zechensterben an der Ruhr ging 1967 auch unter sozialdemokratischem Vorzeichen zunächst weiter. Am 23. Mai beteiligten sich 35.000 Arbeiter aus Oberhausen und Umgebung an einer Kundgebung gegen die geplante Schließung der Zeche „Concordia“. Die Transparente ließen an der Stimmung der betroffenen Arbeiter keinen Zweifel: „Schluß mit dem Mißbrauch wirtschaftlicher Macht — „Was des Volkes Hände schaffen, muß des Volkes eigen sein“ — „Das ist die Lösung: Überführung des Bergbaus in Gemeineigentum“.

Der damalige stellvertretende Vorsitzende der IG Bergbau und Energie und spätere DGB-Bundesvorsitzende, Heinz-Oskar Vetter, warnte den SPD-Ministerpräsidenten:

„Kühn muß sich darüber im klaren sein, daß der Fall Concordia entscheidend wird, ob an der Ruhr die Dämme halten oder nicht.“ (Die andere Zeitung, 1.6.67)

Doch Kühn und Schiller blieben dabei, daß weitere Zechenschließungen „unumgänglich“ wären. Die Wut im Ruhrgebiet steigerte sich.

Am 21.10.1967 protestierten in Dortmund-Huckarde 15.000 Arbeiter gegen anhaltende Zechenschließungen im Dortmunder Raum. „Privatwirt-



Studentenproteste während der APO-Zeit 1968 in Berlin. Viele von ihnen traten später den „Marsch durch die Institutionen“ an; die Jungsozialisten machten 1969 eine Linkswende durch.

schaft zu Ende — Bergbau sozialisiert!“ - „Für Willy Brandt ist der Kumpel nur vor der Wahl interessant!“ — „Kühn und Schiller - Zechenkiller!“ — „Aktionäre an die Wand, Bergbau muß in Volkes Hand“, so und ähnlich lauteten diesmal die Parolen.

Eine Korrespondentin der „Zeit“ berichtet am 3.11.1967: „Die Protestdemonstration der 15.000 Bergarbeiter auf dem alten Marktplatz in Dortmund-Huckarde hatte ihr Wellen geschlagen... Es war nicht das gewohnte Bild schwarzer Fahnen - rote Fahnen beherrschten die Szene in Huckarde.“

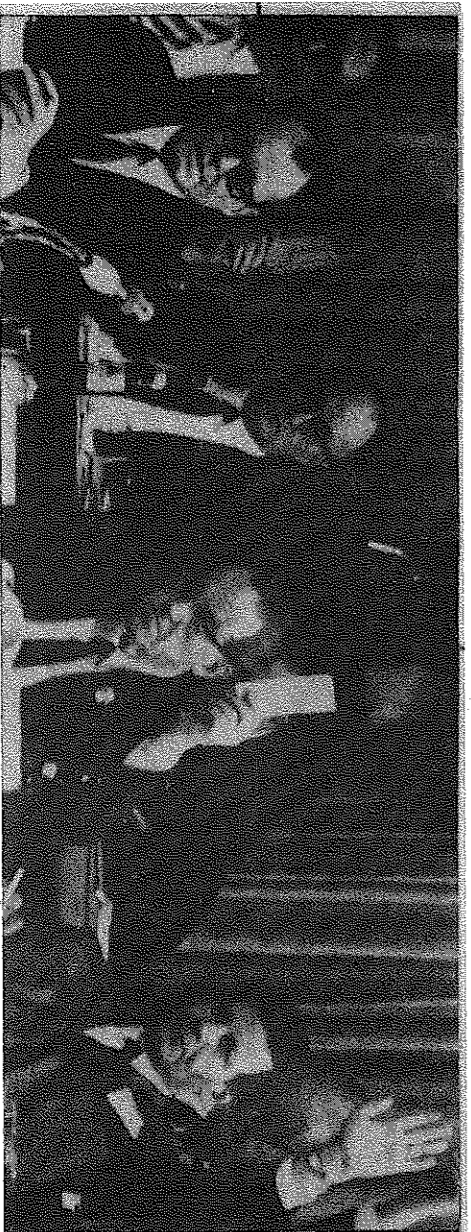


„Schmidt-Schwanze“, SPD-Fraktionsvorsitzender zur Zeit der Großen Koalition

„Eh der Kumpel verreckt, muß die Regierung wegf!“ tönte das revolutionärsche Stakkato der Sprechchöre. Und als die „Internationale“ anstimmt wurde, mußte Gewerkschaftsboß Walter Arendt, der Vollblut-Tribun des Reviers, schon alle Register ziehen, um das Heft in der Hand zu behalten.

Nun mußten die führenden SPD-Vertreter in Bonn und Düsseldorf handeln, um die „Dämme zu halten“.

„Aus internen demoskopischen Umfragen erlöhnen die Sozialdemokraten in Bonn und Düsseldorf, daß



Parteitag der SPD in Nürnberg 1968: auch hier schlug sich die gesellschaftliche Unruhe und der Widerstand gegen die Große Koalition nieder. Der junge Delegierte Oskar Lafontaine erklärte den Parteiloberen, warum die Jugend besonders hart mit der SPD ins Gericht ging: weil sie in die SPD die meisten Hoffnungen gesetzt hatte und umso enttäuschter war.

ein großer Teil ihres Revieranhangs wäre heute Wahl - zu DFU und NPD abwandern würde“, berichtete der Spiegel am 30.10.67: „In dieser Lage gab es für Schiller nur einen Weg: sich wendig an die Spitze der verbliebenen Gruben-Arbeiter zu stellen... Vor Fernsehkameras und Rundfunkmikrophonen ging Schiller mit dem Geltsenberg-Vorstand (Geltsenkirche-ner Bergbau-AG - Red.) hart ins Gericht: „Man hat uns diese beiden Stillelegungen einfach vor den Koffer geknallt.“ Bildrecht beherrschte der Ökonomie-Professor die Geltsenberg-Manager: „Es war politisch-psychologisch in dieser Lage ein Riesenschmerz, das Streichholz brennend in den Heuhaufen der Ruhr zu werfen!“

So wurde schließlich das Zechensterben an der Ruhr zeitlich etwas gestreckt und 1968 auf privatkapitalistischer Basis der neue Kohlekonzern „Ruhrkohle AG“ (RAG) gegründet. Mit Hilfe einer staatlichen Bürgschaft in Höhe von 2,1 Milliarden DM konnten die alten Zecheneigentümer ihren Besitz in die neue RAG einfließen lassen und noch nebenbei einen großen Teil ihrer langfristigen Schulden loswerden. Die soziale Explosion an der Ruhr konnte erst einmal verhindert werden.

Doch die Jahre 1967 und 1968 waren auch gekennzeichnet von einer starken außerparlamentarischen Protestbewegung (APO). Die Solidaritätswelle für die vietnamesische Revolution, erfaßt nicht nur zahlreiche Studenten, sondern auch viele Jugendliche und politisch aufgeschlossene Arbeiter.

Am 30. Mai 1968 verabschiedet der Bundestag gegen 53 SPD- und 47 FDP-Mitglieder der Notstandsgesetze. Kernpunkte dieser Grundgesetzänderung sind die Möglichkeit des Einsatzes der Bundeswehr zur „Abwehr innerer Notstände“ sowie zur Aufhebung des Post- und Fernmeldegeheimnisses.

In der SPD entwickelte sich erstmals seit längerer Zeit wieder eine breite innerparteiliche Opposition.

Auf dem Nürnberger Bundesparteitag gibt es bei 173 Ja-Stimmen immerhin 129 Delegierte, die einen Antrag des Parteivorstandes auf ausdrückliche Billigung des Eintritts in die Große Koalition ablehnten.

Im Gegensatz zu den 70er und 80er Jahren war die damalige Wirtschaftslage nur auf die BRD begrenzt. In westlichen Nachbarländern gab es eine gute Konjunktur, und so konnten bis 1968/69 vor allem auch durch verstärkte Exporte die Auswirkungen der Krise ziemlich schnell überwunden werden. Es war auch möglich, ehemalige Bergarbeiter in der damals noch wachsenden Stahlindustrie, in der Metall- und Automobilindustrie sowie in anderen Branchen wieder unterzubringen. Bis 1970 konnte die Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet wie auch bundesweit wieder auf durchschnittlich 0,7% gesenkt werden.

Bevorstehende Kämpfe

Die Anzeichen des sich stabilisierenden Aufschwungs stärkten das Verlangen der Arbeiter nach einem Ausgleich für erlittene Reallohnverluste und ihrem Stück vom Kuchen des Aufschwungs. So kam es im September 1969 zu einer mächtigen informellen Streikbewegung. Die bundesweite Welle mit über 500.000 verlorenen Arbeitstagen ging am offiziellen Gewerkschaftsapparat vorbei, war oft auch mit vorübergehenden Betriebsbesetzungen verbunden und endete — da kurz vor der Bundestagswahl — meistens mit raschen Zugeständnissen der Unternehmer.

Die Erfahrung vor zwanzig Jahren zeigt, wie kurzlebig und vergänglich bürgerliche Wahlsiege sein können, wenn die Arbeiterklasse ihre elementaren Lebensinteressen bedroht sieht und anfängt, selbst für ihre Belange aktiv zu werden. Selbst in den 60er Jahren, und noch mehr seither, gab es eine Reihe von Ansetzen für eine größere gewerkschaftliche, betriebliche und politische Offensive der Arbeiterbewegung. Daß diese Ansätze abgebrochen oder zumindest nicht voll ausgenutzt wurden, liegt nicht an den betroffenen Arbeitern, sondern geht voll auf das Konto einer sozialparteilich orientierten Führung.

Wir stehen heute am Vorabend eines neuen und noch größeren internationalen Wirtschaftsabschwungs, der in ein bis zwei Jahren die BRD und Westeuropa erfassen wird. Die heutigen, vor allem jüngere Generation in der Arbeiterbewegung wird Kämpfe zur Verteidigung von Arbeitsplätzen und Lebensstandard aufnehmen müssen, die alle bisher dagewesenen in den Schritten stellen werden. Mit einer marxistischen Führung, die die Lehren der vergangenen Kämpfe und Niederlagen verarbeitet hat und Schlüsselforderungen daraus gezogen hat, wird die deutsche und europäische Arbeiterbewegung unschlagbar sein.

Hans-Gerd Öttinger, Essen
Jungsozialist

Das Kabinett der Großen Koalition (von links nach rechts)

vordere Reihe:
Ludwig (CDU), Inneres
Häckerl (CSU), Ernährung
Ströbel (SPD), Gesundheit
(Heinrich Lübke)
Kiesinger (CDU), Bundeskanzler
Brandt (SPD), Außen
Leber (SPD), Verkehr

mittlere Reihe:
Heck (CDU), Familie
C. Schmidt (SPD), Bundesrat
Dollinger (CSU), Post
Schneider (CDU), Schatzminister
von Hassel (CDU), Vertriebenen
Schiller (SPD), Wirtschaft
Kater (CDU), Arbeit
Schreiber (CDU), Verteidigung

hintere Reihe:
Wahner (SPD), Gesamtdaesch
Heinemann (SPD), Justiz
Wischniewski (SPD),
Entwicklungshilfe
Lauritzen (SPD), Wohnungsbau
Strand (CSU), Finanzminister
Spötenberg (CDU), Forschung

telt in dem Buch „Arbeiterlieder aus dem Ruhrgebiet“ der WAZ-Lokalredakteur Thomas Rohrer:

„Bei den Demonstrationen gegen die Zechenstilllegungen kam es einige Male zu wüsten Szenen. Manchmal hatte man den Eindruck, man sitzt auf einem Pulverfaß. Es gab Berichtersterter, die sagten, die hätten Angst gehabt, die Leute reißen die Straße auf und schmeißen mit den großen Pflastersteinen. Ich hatte jedenfalls den Eindruck, daß die Gewerkschaftsfunktionäre damals ihre Aufgabe darin gesehen haben, die Bergleute nicht über ihre Situation aufzuklären, sondern sie zu beruhigen... Die Leute hatten damals monatelang kein Lächeln mehr auf den Lippen, und man hatte den Eindruck, jetzt passiert etwas.“

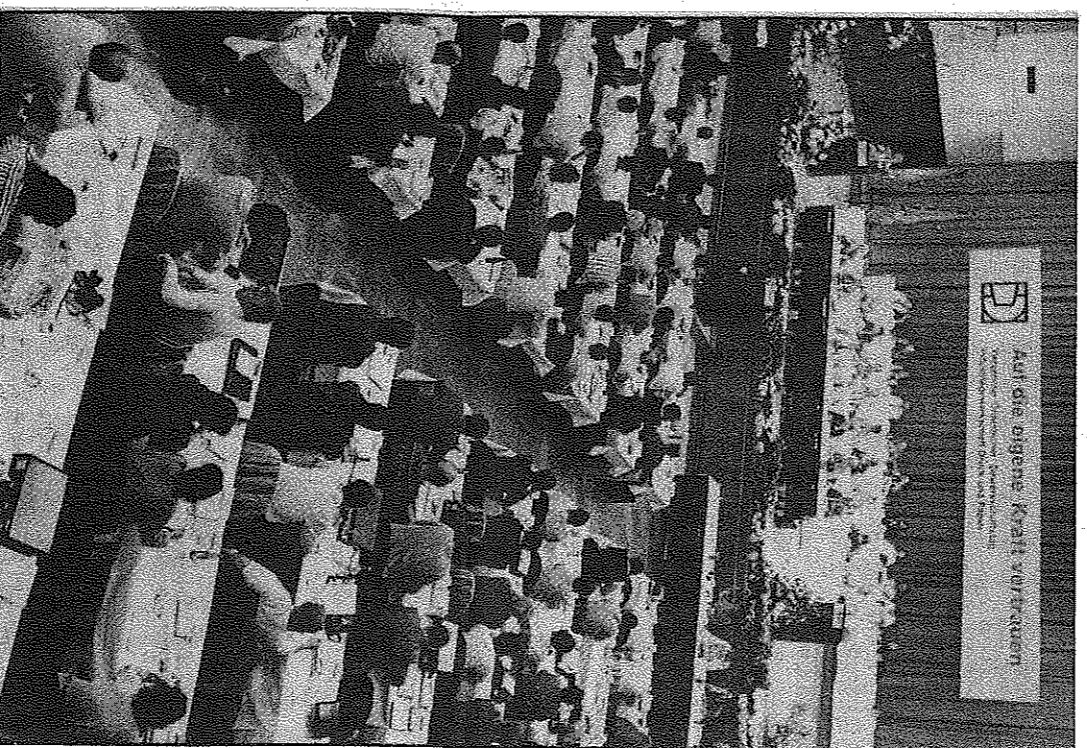
Was passierte, waren Regierungswechsel in Düsseldorf und Bonn. In NRW wurde eine neue Regierung aus SPD und FDP unter Heinz Kühn gebildet, während sich in Bonn Herbert Wehners langjähriger Traum erfüllte. Die führenden SPD-Genossen hatten sogar nichts dagegen einzunehmen, daß der frühere Nazi-Funktionär Kleinsinger neuer Bundeskanzler und der nach der Spiegel-Affäre 1962 zum Rücktritt gezwungene Franz Josef Strauß neuer Finanzminister wurde.

Was dem Dicken mit der Zigarre nicht gelungen war, dazu wurden jetzt die sozialdemokratischen Minister gebraucht: die Unternehmer durch Steuererbschenke und Zugeständnisse zum Investieren bewegen, und die

Gewerkschaftskongresse

Verstärkte Kämpfe stehen bevor

Die Gewerkschaften stellen sich auf größere tarifpolitische Auseinandersetzungen im nächsten Frühjahr ein. Die Weichen dafür wurden auf den Gewerkschaftskongressen der letzten Wochen und Monate gestellt. Egal wie die Bundestagswahlen im Januar enden: Wie die kämpferischen Töne u.a. auf den Gewerkschaftstagen der IG Metall, Druck und Papier, Textil-Bekleidung, GEW zeigen, werden sich die Klassenkämpfe in Zukunft verschärfen. Schon die Auseinandersetzungen um den §116 machten deutlich, daß das Kapital unter dem Eindruck bald wieder zunehmender wirtschaftlicher Probleme Einschränkungen gewerkschaftlicher Rechte plant.



Kongreß der IG Druck: vielbeachtete Beschlüsse zur Arbeitszeitverkürzung und Kampfstrategie

VORAN-Interview mit Wolf-MacGregor, Leiter des gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers bei Girardet in Essen, Mitglied des Betriebsrats und der Tarikommision und Delegierter beim 14. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier.

Was sollen die praktischen Konsequenzen für den nächsten Arbeitskampf sein?

Wir haben in den letzten Wochen von den gewerkschaftlichen Vertrauenskörpern aus in allen Schwerpunktbetrieben Aktionsausschüsse gegründet. Dazu gehören außer den Großbetrieben auch kampfstärke kleine Betriebe, die im letzten Streik entscheidend zum Erfolg beigetragen haben.

Außerdem halte ich noch vier Punkte für wichtig:

1. Die Urabstimmung sollte am besten außerhalb des Betriebes stattfinden und danach sollten gleich Kampfmaßnahmen beginnen.
2. Arbeiter und Angestellte sollten zusammen kämpfen. Es gibt ja viele Arbeiter mit Angestelltenstatus.
3. Auch die Familien und Lebenspartner der Streikenden müssen in Aktivitäten einbezogen werden.
4. Die 35-Stunden-Woche muß diesmal festgeschrieben werden. Danach muß sofort die Kampagne für die 30-Stunden-Woche beginnen, denn sonst kommen wir mit den modernsten Technologien nicht mehr zurecht.

Wir sind gegen eine Flexibilisierung der Arbeitszeit. Es ist für die Gesundheit, das gesellschaftliche Leben und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Neueinstellungen am besten, wenn wir alle jeden Tag eine Stunde früher nach Hause gehen können.

Wie kam es zur Diskussion über das Kampfmittel Betriebsbesetzung?

Diese Diskussion läuft ja nicht nur in der IG Druck und Papier. Aber wir haben mehr bundesweite Arbeitskampferfahrung als andere, und vor allem hatten wir durch Streikbrecher Einsätze mehr zu leiden als etwa die Metaller. Bei der hochmodernen Technologie können unter Umständen sogar Vorgesetzte die Produktion vorübergehend aufrechterhalten. Darum ist für uns die Konsequenz, daß wir beim Arbeitskampf an den Maschinen bleiben, um Streikbruch zu verhindern.

Was würde ein CDU-Wahlstieg nach Deiner Meinung bedeuten?

Die Regierung hat schon den Paragraph 116 über die Bühne gebracht. Es hat Massenprotest gegeben, aber leider hat der DGB viel zu lässch darauf reagiert. Wenn es um die Grundprinzipien der Gewerkschaften geht, dann müssen auch knallharte Sachen wie ein politischer Streik lauten. Viele Kollegen sind aber auch über die SPD verärgert — daher kommen die vielen Enthaltungen. Die SPD ist gegenwärtig unfähig, den CDU-Schweiniereien etwas Klares entgegenzusetzen.

Der 15. IG Metall-Kongreß im Oktober war gekennzeichnet durch ein hohes politisches Niveau der eingehenden Anträge. Der Kampf gegen Verschlechterungen durch Gesetz der jetzigen Regierung zog sich wie ein roter Faden durch die Anträge. Neben tarifpolitischen Forderungen wurde zu fast allen gesellschaftlich wichtigen Bereichen Stellung bezogen. Ebenso wie beim Kongreß der IG Druck und Papier war auch hier die Diskussion um Betriebsbesetzungen als Abwehrmittel gegen Aussparungen besonders ausführlich.

Ein Ergänzungsantrage, der ursprünglich als „erledigt“ unter dem Teppich gekehrt werden sollte, wurde einstimmig angenommen, in dem es heißt: bei kalter Aussparung können Aktivitäten wie dem „Anbieten der Arbeitskraft bis zum längeren Aufenthalt im Betrieb eine verstärkte Bedeutung“ zu. Und immerhin etwa ein Drittel der Delegierten unterstützen das (mehrheitlich abgelehnte) Kampfmittel des „Verbleibs am Arbeitsplatz“.

Dies ist eine deutliche Öffnung hin zur Diskussion auch von Betriebsbesetzungen, die z.B. der IG Metall-Berater (höchstes Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen) noch vor nicht allzu langer Zeit kategorisch ablehnte. Noch bei der

Am 4. Oktober haben in Köln rund 20.000 Postler und Fernmelder gegen die Privatisierungspläne der Kohl-Regierung demonstriert. Unter dem Motto „Sichert die Post — Rettet das Fernmeldewesen!“ ist diese Veranstaltung, die bisher größte in der Geschichte der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) gewesen. Dies widerspiegelt, daß nun auch die öffentlichen Dienstleistungsunternehmen nicht mehr „sicher“ sind.

Internationale Multis blasen zum Angriff auf die Privatisierung der staatlichen Post- und Fernmeldedienste.

Regierung und Wirtschaft wollen mehr Wettbewerb und meinen dabei Privatisierung.

Bei der Bundespost sollen nun die Bereiche des freien Markt zur Verfügung stehen, die Profite einbringen. Dies drückte Wirtschaftsminister Bangemann im März 1986 so aus:

„Den privaten Unternehmen muß mehr Spielraum gegeben werden. Unausgeschöpfte Möglichkeiten gibt es im Bereich des Fernmeldewesens. Um eine flächendeckende Versorgung zu leisten, muß der Betrieb der Fernmeldenetze auch künftig staatliche Aufgabe bleiben“, d.h. die profitbringenden Teile der Bundespost sollen privatisiert werden und der „Rest“ bleibt staatlich. Die Folge wäre, daß die Bundespost nicht mehr kostendeckend arbeiten kann und somit müssen dann wieder mal die Steuerzahler ran aber auch die Gebührenzahler von Telefon, Kabelfernsehen usw.

Rosinen-Picken

Mit allen Mitteln wird versucht, die Bürger davon zu „überzeugen“, daß für ihn eine Privatisierung der Bundespost das Beste sei. Soziale Aspekte, wie gleicher Zugang für alle zu den öffentlichen Dienstleistungsunternehmen, fallen dabei ganz unter den Tisch.

Welche Auswirkungen eine Privatisierung für Kunden und Beschäftigte haben werden, zeigen uns Beispiele in den USA und Großbritannien.

In Großbritannien verkauften die britische Regierung 50,2% der Kapitalanteile auf dem freien Markt, d.h. das britische Fernmeldeunternehmen wurde im November 1984 privatisiert. Der Verkauf der Aktien

Welle von Betriebsbesetzungen der Jahre 1982/83 (u.a. HDW in Hamburg, Heckel in Saarbrücken, Mönninghoff in Harting) standen die Belegschaften hinsichtlich bundesweiter Unterstützung durch die IG Metall ziemlich allein da.

Darüberhinaus wurden Anträge verbabschiedet, die die „Überführung von Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum“ beinhalteten. Das sozialpolitische Programm der IGM einschließt die „Vergesellschaftung der deutschen Stahlindustrie“ wurde bekämpft.

Betriebsbesetzung

Beim Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier (siehe auch Interview im Kasten) waren sich die Kollegen darüber im Klaren, daß zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche 1987 ein größerer Streik unumgänglich ist. „Fernziel“ der Gewerkschaft ist darüberhinaus die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Anders als etwa Franz Steinkühler oder Peter Glotz lehnt die DnPa eine „Flexibilisierung“ der Arbeitszeit ab.

Der bei vielen Kollegen im ganzen Land wie auch in der bürgerlichen Presse vielbeachtete Beschluß fordert die DGB-Gewerkschaften zur Entwicklung einer umfassenden Gegenwehr gegen die Aussparung auf und betont das „Verbleiben ausgesperrter Kollegen im Betrieb“ als eine wesentliche Maßnahme zur Gegenwehr.

Bemerkenswert war beim Gewerkschaftstag das hohe Niveau vieler Diskussionsbeiträge und das Selbstbewußtsein der Delegierten

auch gegenüber dem eigenen Vorstand und der gegenwärtigen „gemäßigten“ SPD-Führung.

Trotz nunmehr zehn Jahre anhaltender Massenarbeitslosigkeit sind die Gewerkschaften nicht geschwächt. Weder Massenverlust von Mitgliedern noch tiefe Demoralisierung sind festzustellen. Mit dem Kampf um die 35-Stunden-Woche, dem sich mittlerweile auch solche Einzelgewerkschaften angeschlossen haben, die 1984 noch auf Vorrat Bestand setzten, führen sie einen Offensivkampf und sind damit Vorreiter in Europa. Besonders die IG Metall konnte bei den Vertrauensleuten ausbauen; auch ein verstärkter Zustrom Jugendlicher ist wieder zu verzeichnen.

Doch ein Warnstropfen, der die Kampfkraft in künftigen Auseinandersetzungen empfindlich beeinträchtigen könnte, ist der Skandal um die Neue Heimat, der im wesentlichen ein Debakel der Gewerkschaftsführung ist. Der Skandal widerspiegelt die Überheblichkeit von Spitzenfunktionären à la Lappas, die ihren Frieden mit dem Kapitalismus geschlossen haben, ihre Geschäfte damit machen, ein enormes Einkommen einstreichen und nicht kontrollierbar sind. Dies ist auch nicht durch ein Ausweichen von Personen abzustellen, sondern nur durch eine grundlegende Demokratisierung. Die Wahl- und Jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionäre und die Begrenzung ihres Einkommens auf einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn sind geeignet, eine kämpferische Führung aufzubauen, die nicht von der sozialen Lage ihrer Basis abgehoben ist.

Kampagne der Postgewerkschaft gegen Privatisierung Post unter demokratische Kontrolle



Demonstration gegen Privatisierungspläne der Kohlregierung: „Christian, der schwarze Geier, legt Privatisierungspläne“

brachte der britischen Regierung 3,5 Milliarden Pfund ein.

Bereits nach einem Jahr wirkte sich dies in Großbritannien folgendermaßen aus:

— 16.000 Arbeitsplätze gingen verloren.

— Die Ausbildungsplätze gingen drastisch zurück und zwar von 3.000 auf 60 innerhalb eines Jahres.

— Die Löhne der Beschäftigten in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit wurden herabgesetzt.

— Die Gehälter der Direktoren stiegen teilweise um 64%.

In den USA ist das Telefonieren für den Durchschnittsbürger seit der Privatisierung innerhalb von zwei Jahren um durchschnittlich 37% teurer geworden. Aber auch bei uns wird schon seit einigen Jahren schleichende Privatisierung durchgeführt. Dies hat sich weder für die Beschäftigten noch für den Kunden positiv ausgewirkt. Die Beschäftigten dieser Privatfirmen arbeiten meistens im Akkord und werden unentgeltlich bezahlt. Der Kunde muß meistens länger warten als bisher und die Qualität ist — durch die Akkordarbeit — oft schlechter.

Ebenso werden seit Schwarz-Schilling (CDU) bei der Reinigung von Postgebäuden immer mehr Putzkolonnen von Privatfirmen eingesetzt. Das Motto seit dem Rege-

rungswechsel 1982 durch die CDU/FDP lautet: „Was Geld bringt, kriegen die Unternehmer!“ Diese Rosindepickerei ist ein Zeichen dafür, daß wir uns einer Wirtschaftskrise nähern. Die Absatzmärkte scheinen weitgehend abgedeckt zu sein und nun müssen andere Wege gefunden werden, um die Profite zu halten bzw. zu steigern. Deshalb der Angriff auf die Post.

Vorbereitung dafür ist die Verbandsweite bei der Post. Sie hat zum Ziel, die Postbeschäftigten möglichst streikunfähig zu machen. Die Forderung der Deutschen Postgewerkschaft, daß die Bundespost staatlich bleiben soll, reicht nicht aus. Denn seit Schwarz-Schilling das Ruder in der Hand hat, bestimmt er weitgehend die Richtlinien der Post und zwar nach Unternehmerinteressen. Bestes Beispiel für seine Politik war, als er das Fernmeldernetz „verkupfert“ wollte und jeder Beschäftigte wußte, daß Glasfaserkabel wesentlich besser sind.

Doch auch hier regiert der Profit! Deshalb müssen wir uns nicht nur dafür einsetzen, daß die Post so bleibt wie sie ist, sondern für eine Post unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten!

Eiliane Prestka, Aachen
Mitglied der DPG

Sparpolitik der Kohlregierung

SPD-Länder und Städte müssen sich wehren!

Welche Auswirkungen die Politik der Kohlregierung trotz wirtschaftlichen Mini-Aufschwungs für die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter hat, das können wir im Ruhrgebiet sehen. Die Stadt Essen steht bei ihrer Haushaltsberatung 1987 vor einem Defizit von 230 Millionen Mark.

Die wirtschaftlichen Bedingungen sahen in Essen bei Antritt der CDU/FDP-Regierung so aus: 242.302 Arbeitsplätze und 23.261 Arbeitslose (9,6%) im Jahr 1982. Heute, 1986, haben wir folgende Lage: 218.780 Arbeitsplätze bei 32.817 Arbeitslosen (15%).

Ähnliche Probleme haben auch Recklinghausen, Oberhausen, Gelsenkirchen usw.

Die Bundesanstalt für Arbeit, die eigentlich ihre Versicherungsbeiträge nicht dafür erhöht, um bei immer höherer Dauerarbeitslosigkeit Milliardengewinne zu machen, entlastet den Bundeshaushalt um ca. fünf Milliarden Mark und belastet in gleichem Maße die Kommunen, 1982 betrug der Aufwand der Stadt Essen für Sozialhilfe 82,6 Milliarden DM und 1987 207 Milliarden DM. Dies entspricht einer Steigerung von 150,6%.

Die Kohlregierung hat die Erhöhung der Städtebauförderungsmittel für 1986 und 1987 um 670 Millionen DM als „gemeindefreundliche Großtat“ gepriesen. Allerdings bringen die von Bonn beschlossenen Abschreibungsgeleichterungen für Wirtschaftsbetriebe den Kommunen bis 1989 Steuerersparnisse in Höhe von 3,2 Milliarden DM; Essen verliert dabei 54,8 Millionen DM.

Die Steuersenkungsgesetze des Bundes werden den Städten und Ge-

meinden von 1986-88 Minderentnahmen von 18 Milliarden DM bringen. Für Essen bedeutet dies

1986: 22,9 Mio. DM

1987: 38,5 Mio. DM Verlust.

Das zweite Steuersenkungsgesetz bedeutet für Essen 1988 62,7 Mio. DM und 1989 70,6 Mio. DM Verlust. Gleichzeitig hat das Land Nordrhein-Westfalen dadurch folgende Verluste:

1986: 2.002 Mrd. DM

1987: 2.373 Mrd. DM

1988: 3.397 Mrd. DM.

Deshalb wird das Land die Schlüsselzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs verringern. Für 1987 erwartet Essen 152,3 Millionen DM, das sind 21,6 Millionen DM weniger als im Vorjahr.

Die Verwaltung der Stadt Essen hat einen Haushaltsentwurf erarbeitet, der bereits Kürzungen von 80 Millionen DM enthält. Wenn diese Kürzungen akzeptiert werden, bleibt immer noch ein unausgeglichen Haushalt in Höhe von ca. 150 Millionen DM.

Umwelt

Stoppt den Tieffluglärm

Tieffluglärm - fast jeder kennt ihn. Die einen erleben ihn im Urlaub auf dem Lande, die anderen müssen ihn täglich erleben. Die offizielle Begründung der Rechts-Politiker und des Militärs, man müsse den Lärm ertragen, da sonst unsere Freiheit und Unabhängigkeit bedroht oder gar der Friede in Gefahr sei, ist ungläubwürdig. Die eigentlichen Hintergründe jedoch werden bewußt verschwiegen.

Zur Zeit schießt die militärische „Verteidigung“ die totale Vernichtung der Zivilbevölkerung mit ein. Konkret heißt das: Während der „Friedenszeit“ wird die Bevölkerung von tieffliegenden Militärmaschinen terrorisiert. Im Kriegsfall wird sie von den gleichen Maschinen vernichtet. Tiefflugmanöver sind ein Akt der Kriegsvorbereitung und dienen deshalb nicht der Verteidigung; als ob es im Atomzeitalter noch eine Verteidigung der Zivilbevölkerung geben könnte.

Die Zunahme der militärischen Tiefflüge in der letzten Zeit hängt mit der neuen Militärstrategie zusammen: Verstärkung konventioneller Verteidigungsfähigkeit durch Kampf in die Tiefe. Die Idee ist ein Element der amerikanischen sogenannten „Air-Land-Battle“-Doktrin. Das bedeutet: Durch kombinierten Einsatz der konventionellen, atomaren und chemischen Waffen soll der „östliche Feind“ auf einem sogenannten erweiterten Schlachtfeld Europa, zu dem auch die Bundesrepublik zählt, geschlagen werden.

In den letzten Jahren ist bundesweit in der Bevölkerung immer stärker Protest laut geworden, und zahlreiche Bürgerinitiativen gegen Fluglärm haben sich gegründet. Jungsozialisten arbeiten in vielen Bürgerinitiativen aktiv mit. Für die

Diese Tendenz wurde sich nach einem erneuten Wahlsieg von CDU/FDP in verschärfter Form fortsetzen. Um die Verschuldung des Bundes so gering wie möglich zu halten, wird sie weiterhin versuchen, das Geld aus den Kommunen und den Arbeitern zu pressen, um diese Milliardensumme dem Kapital zur Verfügung zu stellen. Deutlicher kann es die CDU/FDP kaum unter Beweis stellen, daß sie die Interessen des Großkapitals vertritt.

Umso wichtiger wird es deshalb für die SPD, zu zeigen, daß sie die Interessen der Arbeiter vertritt und eine Alternative darstellt. Führende Politiker der SPD müssen damit aufhören, so zu tun, als ob sie die Krise des Kapitalismus besser bewältigen könnten, als die Handlanger des Großkapitals in CDU und FDP.

Wenn die SPD-Kommunalpolitiker nicht der verlässigere Arm für die schmutzigen Geschäfte der konservativen Regierung sein wollen, dann dürfen sie nicht etwa bei Ferienbeihilfen für finanzschwache Familien, Aufwendungen für Jugendfürsorge, Unterhaltung von Kindertagesstätten, Zuschüssen für Kinder- und Wohlfahrtsverbände und vielen anderen Einzelartikeln streichen.

Warum gibt es bei der Stadt Essen einen Rückgang der 35-Stunden-Woche ein, um allein dadurch in ihrem unmittelbaren Bereich 1.500 neue Arbeitsplätze zu schaffen? Die Stadt kommt mit einer Reihe privatrechtlicher Beteiligungen

Protestbewegung in Frankreich

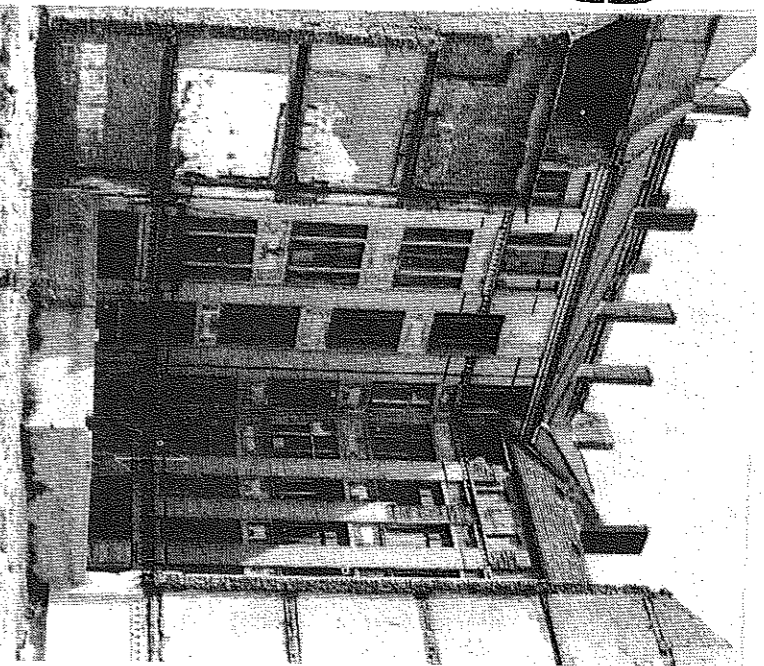
Sieg gegen die Rechtsregierung

Die französische Schüler- und Studentenbewegung, die im Dezember über eine Million Jugendliche mobilisierte, hat einen großartigen Sieg über die reaktionäre Regierung Chirac davongetragen. Nicht nur die geplante Kontroreform im Hochschulinwesen mußte zurückgenommen werden, sondern auch ein Bündel weiterer geplanter Verschlechterungen. Diese Gesetzesvorhaben wurden vorläufig bis April ausgesetzt.

Diese Niederlage der rechten Regierung kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden; sie wird zur Verschärfung der ohnehin großen Spannungen im rechten Lager beitragen. Dabei ist es gerade acht Monate her, daß die Rechtsregierung ihren Wahtriumph feiern konnte.

Und noch im Sommer, als sie aus Anlaß terroristischer Attentate die Hysterie schüren, Gesetzesverschärfungen durchsetzten, Demonstrationen verbot, ausprechen und leidet auch die Führung von sozialistischer und kommunistischer Partei zur Unterstützung dieser Maßnahmen wegen konnte, mochte es einem oberflächlichen Beobachter erscheinen, als ob in Frankreich alles „nach rechts“ ginge. Doch unter der Oberfläche strauen sich Wut und Unzufriedenheit, die sich in der Schüler- und Studentenbewegung wie „ein Blitz aus heilestem Himmel“ entluden.

Eine solche Bewegung hat es nicht nur in Frankreich gegeben. Die Bourgeoisie und ihre politischen Handlanger gehen in vielen Ländern dazu über, im Bildungswesen zu kürzen und die Zugangsbedingungen zu Hochschulen zu erschweren, also wieder eine exklusive Auszubildung für eine Elite anzusteuern.



In vielen Städten der BRD findet man solche Wohnblocks. SPD-regierte Kommunen könnten mit einem Sanierungs- und Neubauprogramm wegweisend sein.

an Unternehmen den vielfältigen Verpflichtungen in der Infrastruktur nach. Warum werden in diesen Unternehmen nicht Belegschaften und Gewerkschaft zu je einem Drittel an der Planung und Durchführung beteiligt?

Warum verlangt sie nicht über den Deutschen Städtetag von der Bundesregierung ein Sonderprogramm zur Erforschung und Beseitigung der Altlasten und Umweltschäden mit langfristigen Beschäftigungseffekt?

Warum ergreift sie nicht die Initiative zur Bildung einer Einheitsfront aller SPD-regierten Großstädte und Bundesländer gegen die Finanzpolitik der Kohlregierung?

Würden die verantwortlichen SPD-Politiker solche Forderungen aufgreifen und umsetzen, könnten

„Warum viel Geld für Bildung rauswerfen, wenn es doch keine entsprechende Zahl von Arbeitsplätzen mehr gibt“ ist ihre zynische Devise.

So kam es bereits 1983 zu Schülerstreiks in mehreren europäischen Ländern: Großbritannien, Irland, Italien, Belgien, Spanien, Griechenland. Auch die Bewegung in Frankreich im Dezember fand international Widerhall; in Belgien, Griechenland und Italien gab es zur selben Zeit Demonstrationen und Streiks in den Universitätsstädten. Insbesondere in Spanien, wo die SP-Regierung eine ähnliche Hochschulkonterreform vorbereitete, fand ein Streikaufruf der nationalen Schülergewerkschaft große Resonanz; angespornt durch die französische Bewegung streikten und demonstrierten im Dezember mehrere hunderttausend Schüler und Studenten in Madrid und anderen spanischen Großstädten. Darüber hinaus hüllte sich die internationale bürgerliche Presse jedoch in Schweigen.

In Frankreich wie auch anderswo ist eine junge Generation herangewachsen, deren Zukunftsperspektiven immer schlechter werden und die darum zu harten Verteidigungskämpfen gezwungen wird. Die Jugendbewegung in Frankreich war alles andere als „unpolitisch“, wie uns die Medien hier weismachen wollten. Daniel Cabien, Mitglied des 14-köpfigen Koordinationsschusses der Bewegung, erklärte in einem Interview: „Am Anfang hat sich die Bewegung als unpolitisch erklärt, im Laufe der Ereignisse hat sie sich immer mehr radikalisiert... Unpoli-

tisch — das hieß vor allem auch, daß man auf seine Unabhängigkeit bedacht war und sich von den Parteien nicht vereinnahmen lassen wollte. Das Vertrauen in die Linke wie in die Rechte ist verloren. Aber natürlich ist es letztendlich eine zutiefst politische Bewegung.“

Man muß sich klarmachen, daß vielen Jugendlichen die letzte Phase der sozialistischen Alleinregierung unter Mitterrand mit ihrer Sparpolitik noch allzu gut (bzw. schlecht) in Erinnerung ist! Auf die Frage, warum die Regierung Chirac nachgegebener habe, erklärte der Studentenfürher in dem genannten Interview: „Weil er Angst hatte, daß die Bewegung auf die Arbeiter übergreifen könnte. Es war das Gespenst vom Mai 1968. Hätte er nicht nachgegeben, wäre es zum Generalsestreik gekommen... Wir haben in unserem Land wieder eine gesellschaftliche Dynamik in Gang gesetzt...“

In der Tat hat die Jugendbewegung die Atmosphäre in der französischen Gesellschaft verändert. Die zur Unterstützung aufgerufenen Gewerkschaften haben sich auch an der letzten großen Kundgebung beteiligt, insbesondere die kommunistische CGT.

Die Arbeiter haben erlebt, daß durch große, geschlossene Mobilisierung ein Sieg möglich ist. Wenn die Regierung Chirac erneut Angriffe auf Arbeiter und Jugendliche startet (was sie zweifellos versuchen wird), könnte es durchaus zu einer größeren Streikwelle der Gewerkschaften und verschafften Klassenkämpfen kommen. Das wirkt — nur zwei Jahre nach der großen Niederlage — erneut die Perspektive eines sozialistischen Wahlsiegs bei den Präsidentschaftswahlen 1988 auf. Allerdings wird die Sozialistische Partei nur durch eine klare, sozialistische Politik das verlorengewonnene Vertrauen wiedergewinnen können.

Angela Bankert, Köln
Jungsozialistin

VORAN - Grün wählen - eine Alternative?

„Wenn überhaupt wählen, dann grün“. Diese Antwort bekommt man im Wahlkampf oft zu hören, vor allem von Jugendlichen. Aber sogar viele SPD-Mitglieder wollen diesmal den Grünen ihre Stimme geben.

Es fehlt nicht an Argumenten gegen die SPD: schwache Führung, nicht überzeugende Fernsehauftritte der Spitzen-gossen, unglaubliche Politik, Anpassung ans bürgerliche Lager.

Die Grünen erscheinen für viele als einzige Alternative. Ihnen wird zugute gehalten, daß sie sagen, was Sache sei, eine konsequente Politik machen, eine Alternative links von der SPD seien.

Fragt man bei den Grün-Wählern nach, ob sie glauben, die Grünen könnten ihre Forderungen durchsetzen, setzt der Optimismus meist aus. Allzu deutlich zeigen sich die Grenzen grüner Politik in Hessen. Joschka Fischer argumentiert in Sachen Sondermüll genauso wie sozialdemokratische Minister mit dem sogenannten „Sachzwang“. Die Sachzwänge NÜKEM, ALKEM, Biblis bestehen nach wie vor. Doch woher kommen diese Sachzwänge? Von einer Wirtschaftsordnung, in der eine kleine radikale Minderheit von großen Unternehmen die Macht hat.

Da die Grünen nicht das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft haben, werden sie sich immer mehr in die kapitalistischen Sachzwänge verstricken, bis schließlich kein Unterschied mehr zu einer rechtssozialdemokratischen Politik existiert. Die Enttäuschung wird dann nicht geringer sein. Was ist dann gewonnen? Nichts!

Die meisten Grün-Wähler sehen sogar ein, daß man an der SPD nicht vorbeikommt, wenn man etwas verändern will. Um mit der SPD etwas zu verändern, müsste sich aber erst die SPD verändern. Und hier ist der springende Punkt. Die SPD verändert sich nicht automatisch und nicht von alleine.

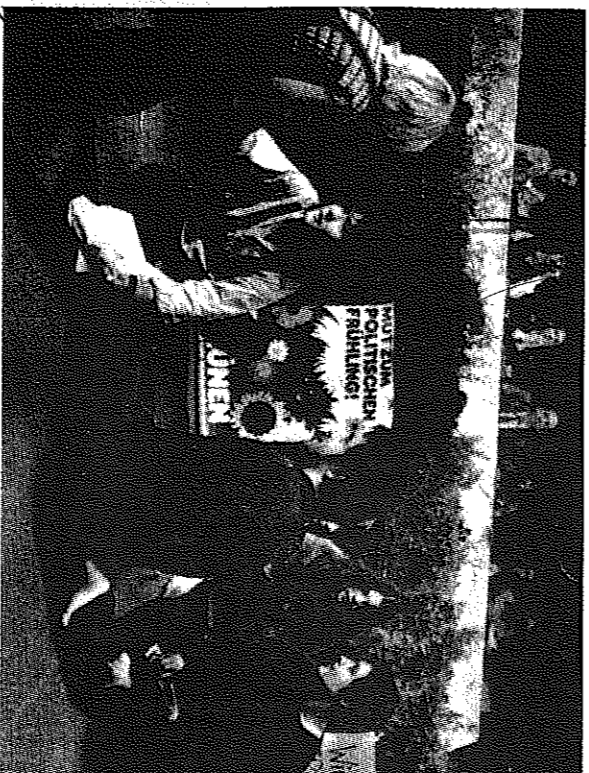
Wen trifft ein Denkzettel?

All diejenigen, die berechnigte Kritik an der SPD haben und eine grundsätzliche Veränderung der Gesellschaft wollen, müssen dies in die Partei durch aktive politische Arbeit als Parteimitglieder einbringen. Es gibt nicht den einfachen, bequemeren Weg über Proteststimmen für die Grünen oder die Friedensliste, um die SPD-Führung auf den richtigen Weg zu zwingen. In Hamburg hat sich gezeigt, wie die Partei-rechten mit (10,4%) Grünstimmen umgehen. Wenn es allein nach ihnen ginge, sprächen sie lieber mit der CDU über Zusammenarbeit, anstatt sie als Hauptfeind zu bekämpfen. Manche Hamburg, die die GAL bei der Bürgerschaftswahl im November gewählt hatten, waren im Nachhinein schockiert darüber, daß sie unter Umständen genau das Gegenteil von dem bewirkten, was sie wollten: statt rot-grünem Bündnis, möglicherweise rot-schwarze Zusammenarbeit. Das ist eine Warnung für die Bundestagswahl. Die SPD-Spitze hat immer wieder erklärt, daß sie bereit wäre, in „Notzeiten“ eine Große Koalition in Bonn einzugehen. Der Einbruch der nächsten Rezession könnte von Partei-rechten als „Notzeit“ betrachtet werden.

Alle diejenigen, die meinen, sie müßten der SPD-Führung einen

Aber die Mitgliedschaft von DGB und SPD ist die entscheidende Kraft in der Gesellschaft, die etwas verändern kann. Wenn ihre Organisationen in einem schlechten Zustand sind, kann die Konsequenz nicht sein, neue aufzubauen oder zu den Grünen zu gehen, sondern die bestehenden Organisationen in echte Kampforganisationen zu verwandeln!

Auf dem Nürnberger Parteitag und den Gewerkschaftskongressen in den letzten Monaten war der Druck der Basis deutlich zu spüren. Je mehr die Klassenausensandsetzungen zunehmen, desto mehr wird sich die Basis der organisierten Arbeiterbewegung radikalisieren. Die Radikalisierung der SPD-Basis wird vor allem über die Verbindung zu den Gewerkschaften stattfinden. 60% der SPD-Mitglieder sind Gewerkschaftsmitglieder. Rechte Funktionen werden von Linken abgelöst werden. Diese werden wieder neue Schichten für die SPD gewinnen und auch den Grü-



SPD wieder zu einer Kampforganisation zu machen und die Mehrheit der Basis für marxistische Ideen zu gewinnen.

zialhilfempfänger, Jugendlichen, Arbeiter, Angestellte und einfachen Beamten.

Gut, aber wer garantiert, daß die SPD eine andere Politik macht als die CDU? Schließlich hat der Sozialabbau schon unter sozialliberaler Koalition angefangen. Die Politik von SPD-regierten Ländern oder Städten unterscheidet sich kaum oder überhaupt nicht von der CDU.

Wählen allein reicht nicht

Richtig. Deshalb reicht es eben nicht aus, nur zu wählen. So wichtig es aus den genannten Gründen ist, der SPD die Stimme zu geben, muß klar sein: Parlamentenwahlen sind nicht das Entscheidende um für seine Interessen zu kämpfen. Noch wichtiger ist es, sich gewerkschaftlich und politisch zu organisieren. „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein“ (Marx).

Die Arbeiterklasse hat heute starke Organisationen. 7,7 Millionen Lohnabhängige sind im DGB organisiert. Die SPD hat eine Million Mitglieder. Die Vorgänge um die Neue Heimat haben drastisch gezeigt, daß die Führung eine Politik

Fortsetzung von Seite 1 SPD-Mehrheit mit sozialistischem Programm

Ein zweiter lebenswichtiger Bereich des Umweltschutzes ist in den letzten Wochen deutlich ins Bewußtsein gerückt: Die Vergiftung des Wassers. Nach dem Unfall bei der Schweizer Firma Sandoz verging kein Tag, an dem nicht neue Meldungen über Vergiftungen des Wassers durch die Nachrichten kamen.

Die Enttarnung und die Sorge der Bevölkerung wird deutlich z.B. in den Leserbriefen, die am 12. Dezember im Kölner EXPRESS veröffentlicht wurden: „Niemand kann von mir verlangen, zuzuschauen zu müssen, wie meine über alles geliebte Natur von ein paar gewissenlosen Profitgeiern kaputt gemacht wird. Diese Umweltschädlinge müssen bestraft werden.“ Wenn man sich laufend über die Störfälle in der Giftindustrie informiert, (...) fragt man sich, wie lange diese Herren die Produktion dieser vielen Gifte noch betreiben dürfen.“

Bei einer Umfrage wurde deutlich, daß die große Mehrheit der Bevölkerung keinerlei Illusionen in eine Kontrollierbarkeit der Chemieunternehmen hat, solange diese sich in Privatbesitz befinden. Auf die Frage, wer sich am stärksten für die Verhinderung von Umweltkatastrophen einsetzt, antworteten nur 7%: Die SPD (Grüne: 50%, CDU: 10%). Würde die SPD in Fragen Umweltschutz hart durchgreifen, verschmähen sie sich der Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung sicher sein.

Nur mit drastischen Maßnahmen kann man dem schändlichen Treiben Einhalt gebieten! Die SPD mußte hier ein klares Wort sprechen und fördern:

- Volle, unverzügliche Entschädigung der Betroffenen
- Bezahlung sämtlicher Schäden durch die verantwortlichen Konzerne
- Verbot hochgiftiger Stoffe und Einsatz durch umweltfreundliche Materialien
- Einbau von Sicherheitsmaßnahmen nach dem derzeitigen Stand der Technik
- Verstaatlichung der Chemieindustrie unter demokratischer Arbeiterkontrolle
- Erstellung eines Sofortprogramms zur Beseitigung der Schäden, Einsatz von Ökologen, Biologen, Chemikern und Wasserfachleuten zur Regenentwässerung der Flüsse und der Uferzonen.

In den Ländern, in denen die SPD die Mehrheit hat, könnte sofort mit der Umsetzung des Programms in

Warum ich SPD wähle

Die SPD ist von ihrer Tradition her Bestandteil der Arbeiterbewegung und nur mit der Basis von SPD und Gewerkschaften ist die Macht des Kapitals zu brechen. Obwohl die SPD-Führung jahrelang Politik gegen die eigene Basis gemacht hat, zeigt der Nürnberger Parteitag am Beispiel Atomenergie und Nachrüstung, daß die Linke in der Partei an Stärke gewonnen hat.

Nur wer SPD wählt, hilft, die Linke zu stärken, die momentan anstehenden existenziellen Risiken abzuwenden und eine grundsätzliche Veränderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse auf lange Sicht zu verwirklichen. Dazu ist es notwendig, daß alle, die dafür eintreten, auch in der SPD und bei den Jusos aktiv werden.

die Praxis begonnen werden. Damit würde dem Wähler gezeigt: Die SPD hat nicht nur das richtige Programm, sondern auch den Willen, dieses zu verwirklichen.

Die Frage nach der Glaubwürdigkeit stellt sich vielen Wählern und selbst Mitgliedern der SPD beim Neue-Heimat-Skandal. Die beiden traditionellen Organisationen der deutschen Arbeiter, SPD und Gewerkschaft, werden von vielen als Einheit betrachtet, was durch die enge personelle Verflechtung in den Gremien beider Organisationen ja auch nahelegt. Der „Verkauf“ des Wohnungsbankonzerns für eine Mark an einen Privatunternehmer wurde schon von vielen Leuten nicht verstanden, und vergeblich warteten sie auf eine Erklärung von Seiten der SPD, was denn nun mit den Mietern der Wohnungen geschehen würde.

Als dann der breiten Öffentlichkeit bekannt wurde, daß der DGB-Funktionär Alfons Lappas 60.000 DM im Monat erhielt, ging ein Sturm der Enttarnung durch die beiden Organisationen gegenüber der gemeinsamen Basis. Auch jetzt, nach dem Rücktritt von Lappas, hat sich das noch nicht gelegt — mit Recht. Denn für das Geld, welches Lappas im Monat als Rente bekommt, muß ein normaler Arbeiter zwei Jahre arbeiten.

Viele Leute stellen sich die Frage: Warum bekommt ein Funktionär unserer Organisationen so viel mehr Geld als wir? Wieviel wird der zukünftige BGAG-Vorsitzende und SPD-Spitzenfunktionär Hans Matthöfer erhalten? Hätten SPD und Gewerkschaften jetzt die alte Forderung der Arbeiterbewegung, „Ein Arbeiterfunktionär soll nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Arbeiterlohn“ aufgegriffen und in die Tat umgesetzt, so hätten sie ein großes Stück Glaubwürdigkeit wiedererlangt.

Angesichts der Bedrohung der Lebensbereiche und des Elends der Massenarbeitslosigkeit ist es dringend, die Regierungsmacht aus den Händen der CDU/CSU/FDP-Koalition zu nehmen. Wenn man ihre Politik im Aufschwung betrachtet, dann kann man sich an allen fünf Fingern abzählen, was ihre Politik im nächsten wirtschaftlichen Abschwung sein wird! Dazu darf es nicht kommen. Deshalb müssen wir jetzt die SPD wählen und sie sozialistisch erneuern!

Barbara Kirschaum, Köln
Jungsozialistin



Aron Amm, 18 Jahre
Schüler aus Stuttgart

Ich möchte

VORAN abonnieren

6 Ausgaben zu 9,60 DM

VORAN weiterverkaufen und bestelleE exemplare in Kommission (Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein VORAN-Förderabo zu DM beziehen (ab DM 20,-)

(Bitte nebenstehendes Adressfeld ausfüllen und einschicken.)

Postb. Essen, Bf. Z 360 100 43
Konto Nr. 2500 99-439

Ich möchte VORAN unterstützen und mitte um weitere Informationen

Name



Ursel Beck, Stuttgart
Jungsozialistin

nen einen großen Teil ihrer Basis entziehen. Die Landtagswahlen im Saarland haben gezeigt, daß Grünwähler zur SPD zurückkehren, wenn sie sich von ihr vertreten fühlen. Solche Tendenzen wird es im ganzen Bundesgebiet geben, und die Grünen werden früher oder später zu einer unbedeutenden Partei werden.

Die einzige Perspektive heißt: Kampf für ein sozialistisches Programm in der SPD und Aufbau einer marxistischen Führung.

Ursel Beck, Stuttgart
Jungsozialistin

Einlesen am: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln